Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 117. | Dresden, Dienstag den 25. Mai 1909. | 20. Jahrg.

Zahle du!

Fürwahr, ein unbezahlbares Schauspiel: die Rebellion der Grundbesitzer gegen Nachlaß- und Erbschaftssteuer wird nun abgelöst von der Rebellion der Bank- und Finanzleute gegen die Wertpapiersteuer. Der konservativ-klerikale Bund hat ganz gewiß nicht ungeschickt operiert und auch wir Sozialdemokraten können unser helles Vergnügen an der Wirkung ihrer schlauen Politik auf das „liberale" Kapital haben. Wie tobte es in den nationalliberalen Gazetten wider die Agrarier, die auf ihre Sonderinteressen pochen und aus Steuerscheu den verderblichen Bund mit den Klerikalen eingehen. Jetzt haben die steuerscheuen Agrarier die Genugtuung, ihre liberalen Blockfreunde von gestern zum Geständnis derselben Steuerscheu gedrängt zu haben. Jüngst noch klang es bei den Liberalen von Vaterland und nationaler Sache, der auch die Agrarier ein Opfer bringen sollen. Heut ist das Vaterland und die nationale Sache den Liberalen nicht soviel wert, um eine kleine Abgabe von den Kurssteigerungen der Wertpapiere zu tragen. Soeben liberale Empörung, daß der konservative Grundbesitz nicht zahlen will. Heut liberale Empörung, daß die liberalen Finanziers zahlen sollen.

Wenn nach einiger Frist das Werk der Volksbelastung mit Hunderten neuer Steuermillionen vollendet sein wird, — der unsäglich ekle Schacher aller der Gruppen der besitzenden Klasse, die eine der andern zurufen: Zahle du!, wird dem Volke eine eindringliche Lehre bleiben!

•

Die Nationalliberalen und Freisinnigen haben seit Monaten von der harten Notwendigkeit gesprochen, daß 400 Millionen Steuern auf den Massenkonsum gelegt werden müssen. Nur schweren Herzens, so versicherten sie stets, könnten sie sich zu diesen Bewilligungen entschließen, weil es eben im Interesse des Vaterlandes unumgänglich sei. Nun haben die Konservativen, um sich selbst vor der Zahlung zu schützen, recht erwägenswerte Besitzsteuern vorgeschlagen, die in erster Linie das mobile und städtische Kapital treffen. Warum greifen denn die Herren Nationalliberalen und Freisinnigen nicht begeistert zu? Warum erklären sie nicht: Gut, wir bewillkommnen diese Besitzsteuern und wir werden um ihren Betrag die indirekten volksschädlichen Steuern herabsetzen? Warum schlagen sie den Konservativen in dieser Zeit der Schachergeschäfte nicht einmal den Kuhhandel vor: Bewilligt die Erbschaftssteuer, wir bewilligen dafür die Wertpapiersteuer?! An diesen naheliegenden Vorschlag denken natürlich die Herrschaften keineswegs.

Vielmehr wendet sich die Nationalliberale Korrespondenz „mit aller Entschiedenheit" gegen die Aufforderung der Kreuzzeitung, die Nationalliberalen möchten sich endlich den konservativen Steuervorschlägen fügen. Die genannte parteioffiziöse Korrespondenz spricht mitleidsvoll von einer „schon häufig zur Ader gelassenen, wie den Agrariern höchst unbeliebten Erwerbsschicht", die wiederum „geschröpft" werden solle. „Aber, so erklärt die Korrespondenz, die Nationalliberalen werden nicht mit von der Partie sein. Die im Antrag Richthofen zusammengeschlossenen Steuerprojekte bedeuten keine allgemeine Besteuerung des Besitzes. Von diesem Standpunkte aus kann es für die Nationalliberalen unter keinen Umständen ein Kompromiß geben." Also: die Nationalliberalen schließen nur dann mit den Konservativen Kompromisse, wenn es gilt Branntweinliebesgaben zu gewähren und die Volksmasse aufs schwerste zu belasten. Wenn es gilt, das mobile Kapital zu belasten, dann heißt es: es ist schon so viel geschröpft!

■

Der liberale Jammer.

Berlin, 24. Mai. Die Berliner Handelskammer war heute zu einer Sitzung einberufen. Es sollte Stellung genommen werden zu den Beschlüssen der Finanzkommission des Reichstags über die konservativen Steuervorschläge. Man darf annehmen, daß das Resultat der Verhandlungen ein scharfer Protest sein wird.

Berlin, 24. Mai. Angesichts der durch die neuerlichen Beschlüsse der Finanzkommission nicht nur den deutschen Börsen, sondern auch den am Börsenhandel interessierten weiten gewerblichen Kreisen drohenden „schweren Gefahr" hat die Handelskammer zu Berlin sämtliche deutschen Handelskammern, unter deren Aufsicht Börsen stehen, zu einer Konferenz auf den 2. Juni d. J. nach Berlin berufen.

Berlin, 24. Mai. Im Handelsteil des Berliner Tageblatts wird der konservative Antrag auf seine finanzielle Wirkung hin einer Betrachtung unterzogen. Wenn der Antrag Richthofen Gesetz würde, so müsse eine Revolution im Kursblatte der deutschen Börsen eintreten. Ein Aktionär, der eine Aktie von 1000 M. besitzt, die er zum Kurse von 200 Proz. erworben hat, würde nach dem neuen Steuervorschlag bei einer Dividende von 100 M. nur 94 M. empfangen. Diese Steuer wäre eine Sondersteuer ganz krasser Art, weil sie Einnahmen, die schon mit der Einkommensteuer belegt sind, noch einmal einer Steuer unterwirft. Die Verwaltungen der Aktiengesellschaften hätten unter diesen Umständen die Pflicht, auf die Notierungen der Aktien an der Börse zu verzichten. Die Regierung könne unmöglich die Verantwortung für ein Gesetz übernehmen, das wie dieses das mobile Kapital teilweise konfisziert.

•

Im Reichsschatzamt tagte am Montag eine Konferenz, zu der die Direktoren einer Anzahl großer Banken eingeladen waren, um ihre Ansicht über die von den Konservativen beantragte und von der Finanzkommission des Reichstags beschlossene Einführung einer Besteuerung der Wertpapiere zu äußern. Von Vertretern der Hochfinanz waren anwesend von Mendelssohn, Geheimrat Rießer, Paul Mankiewitz, Ludwig Delbrück, Direktor Nathan u. a. Außerdem waren noch Vertreter der Großindustrie hinzugezogen. Von vornherein wurde beschlossen, über den Gang der Verhandlungen strengstes Stillschweigen zu bewahren. Zu einer weiteren Konferenz waren lediglich Vertreter der Behörden zugezogen; Gegenstand der Verhandlungen dürfte dien Umsatz- und die Wertzuwachssteuer gewesen sein. Die Scherlpresse behauptet, daß von den Vertretern der Banken eine Dividendensteuer vorgeschlagen worden sei.

•

Der agrarische Jammer.

In Marienburg tagte am Sonntag die Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte für Westpreußen. Der Wächter vor dem Portemonnaie der besitzenden Klassen, Herr v. Oldenburg-Januschau, richtete einige ermunternde Worte an seine Truppen und sprach die Ueberzeugung aus, der von den Agrariern eingeschlagene Weg werde sicher „zu dem richtigen Ziele führen", d. h. zur Beseitigung der verhaßten Erbschaftssteuer. Der Hauptredner des Tages war der Bundesvorsitzende, Herr v. Wangenheim. Er ließ sich unter anderem folgendermaßen vernehmen:

„Wenn wir die deutsche Entwicklung ansehen, konstatieren wir ein Ueberwuchern des Großkapitals. Es werden große und schwere Kämpfe von den Großkapitalisten gegen die Landwirte geführt. Aber diese Kämpfe können nur zum Umsturz, zu einer Revolution führen.

Die Förderung der indirekten Steuern belaste die großen Massen, ist ein wenig bewiesenes Schlagwort.

Wenn da gesagt wird, daß von der Erbanfallsteuer nur der größere Besitz betroffen werde, so sei das politische Taschenspielerei. Es widerspricht allen wirtschaftlichen Grundsätzen, daß ein Teil des vorhandenen Vermögens konfisziert wird. Von der Gehässigkeit der Steuer wolle er gar nicht sprechen. Es liegt doch gar kein politischer oder sachlicher Grund vor, an dieser Steuer festzuhalten. Der Reichsfinanzminister hat die Reform in falsche Bahnen geschoben.

Nach diesen Ergüssen tiefgründiger agrarischer Weisheit machte der Bundesführer vor dem Zentrum seine Verbeugung: „Wenn das Zentrum sich erbietet, mit den Konservativen zu gehen, und ist die Finanzreform nicht mit dem Freisinn zu machen, dann wird sie eben mit dem Zentrum gemacht."

Die politische Organisation der Unternehmer.

Herzensgeheimnisse der Unternehmer enthüllt ein dem Sozialdemokratischen Preßbureau vorliegender, sonst nicht für die Oeffentlichkeit bestimmter Jahresbericht des allgemeinen Arbeitgeberverbandes Mannheim-Ludwigshafen. Die in dem Bericht enthaltenen Ansichten der Unternehmer reichen weit über den Rahmen des lokalen Interesses hinaus, sie sind deshalb wohl wert, öffentlich wiedergegeben zu werden, weil sie als typisch für die in Unternehmerkreisen allgemein herrschenden Anschauungen angesehen werden können. Der genannte Arbeitgeberverein zählt übrigens zu denjenigen, die durch rücksichtslose Draufgängerei den Arbeitern im letzten Jahre manch schweren Kampf aufzwangen.

Einleitend wird in dem Bericht Bezug auf die Krise genommen und hinsichtlich der Kampfesstellung der Arbeiter ausgeführt, daß trotz der Krise die Macht der Arbeiterverbände nicht gebrochen sei. Keine einzige der früheren wirtschaftlichen Niedergangsperioden sei so wenig von Lohnkürzungen begleitet gewesen wie die jetzige.

Die Lage der Arbeitgeber werde aber noch mehr „verschlimmert" dadurch, daß Kommune und Staat glauben, sie müßten mit aller Macht sich der Arbeitslosenfürsorge annehmen und die Reform der Arbeiterversicherungsgesetze durchführen. Der Staat begebe sich an die Lösung von Fragen, für die nicht das geringste sozialpolitische Interesse vorliegt. So zum Beispiel an die Witwen- und Waisenversicherung, die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags und die Arbeitsvermittlung, die Privatbeamten-Pensionsversicherung, das Arbeitskammergesetz usw. Ein Gesetz, wie das letztgenannte, den Arbeitgebern zuzumuten, „wäre unverständlich, wenn nicht die klägliche politische Organisierung der Arbeitgeber alles erklären würde". Insbesondere tadelt der Bericht die von Bethmann-Hollweg zu dem Arbeitskammergesetz gemachten Ausführungen, nach denen „die Arbeitgeber zu Verhandlungen mit den Arbeitern gezwungen werden sollen". Der Hauptfehler liege eben darin, daß „unsere Abgeordneten im Reichstage völlig versagen". Doch hierin, so fährt der Bericht fort, vollziehe sich eine Entwicklung zum Besseren: „Die nähere Fühlungnahme des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände mit der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, der Abschluß eines beiderseitigen noch weitergehenden Kartellvertrags, die kürzliche Besprechung der maßgebendsten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zentralorganisationen in Berlin mit einer Anzahl Reichstagsabgeordneten der bürgerlichen Parteien sind die Vorläufer der Bestrebungen, der Arbeitgeberschaft im Parlament, den gesetzgebenden Körperschaften, größeren Einfluß als bisher zu sichern. Ebenso bildet die Gründung eines Arbeitgeberrates in Mannheim einen sehr erfreulichen Fortschritt in der Organisation der Arbeitgeber. Wird in dieser Hinsicht weitergearbeitet, so werden wir bald von einer politischen Organisation der Arbeitgeber sprechen können."

Schließlich heißt es in Fettdruck: „Es gilt nicht nur den Kampf gegen die Arbeiterorganisationen, es gilt einen noch viel schwereren, den politischen gegen die Industrie und Handel immer mehr beschwerende sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine."

Wer den Bericht insbesondere in dem Teil genau verfolgt, in dem es sich um die Erwerbung eines größeren politischen Einflusses handelt, und damit die neuesten Reden des Abgeordneten Bassermann vergleicht, der wird finden, daß die deutschen Arbeitgeberverbände mit den liberalen Parteien ein Schachergeschäft gemacht haben, das sich im Herbste bei Behandlung sozialpolitischer Fragen im Reichstage zeigen wird. Diejenige der bürgerlichen Parteien, die sich nicht im Wohlverhalten übt, wird bei der nächsten Wahl durch das Geld der Unternehmer vom Reichsverband schachmatt gesetzt werden.

Stadt und Land.

Die Entwicklung der großen Städte wird heute fast allgemein als unnatürlich, das Leben in der großen Stadt als ungesund bezeichnet und demgegenüber das Landleben gepriesen. „Zurück aufs Land!" ist die Losung. Daß das etwas für sich hat, wird niemand bestreiten, und mit einer vernünftigen Verkehrspolitik müssen diese im Interesse der Volksgesundheit liegenden Bestrebungen gefördert werden. Aber so ohne weiteres ist es nicht richtig, daß das Landleben, so wie die Verhältnisse heute meistens liegen, gesünder sei als die Lebensverhältnisse in einer großen Stadt. Vielmehr ist es eine Tatsache, daß heute eine größere Stadt mit guter Wasserleitung, Kanalisation, strenger Bauordnung, mit Wasserklosetts und Badeeinrichtungen in den Wohnungen, mit Lebensmittelkontrolle und Wohnungsaufsicht, mit vorzüglichen Spitälern, einer Masse Aerzte und allen sonstigen hygienischen und sanitären Einrichtungen usw. oft gesündere Lebensbedingungen bietet und größeren Schutz gegen Krankheiten gewährt als das Land, wo auch die einfachsten hygienischen Maßregeln und Einrichtungen zum weitaus größten Teil unbekannt sind und deshalb die Gefahren für Gesundheit und Leben auch größer sind als in der Stadt. Mit den Menschen müssen deshalb auch die „städtischen", d. h. die hygienischen Einrichtungen aufs Land ziehen, sonst ist der Sache nicht gedient!

Die große Masse von Menschen, die in einer Stadt lebt, hat an bestimmten kommunalen Einrichtungen das gleiche Interesse und sie konnte auch die Mittel aufbringen für eine moderne Kommunalpolitik, die in einigen Jahrzehnten aus den großen Städten etwas ganz anderes gemacht hat, als sie ehedem waren. Die ländlichen Lebensverhältnisse sind dagegen nicht nur zum großen Teil die alten geblieben, sie haben sich sogar teilweise verschlechtert, was mit der Entwicklung der Städte zusammenhängt. Der Geheime Medizinalrat Dr. E. Roth in Potsdam hat vor einiger Zeit eine Reihe von Vorträgen in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin über die ländliche Hygiene gehalten, die jetzt als Sonderabdruck aus dem Klinischen Jahrbuch in Buchform erschienen sind* und ein wenig erfreuliches Bild über die Zustände auf dem Lande geben.

Die Bauvorschriften auf dem Lande dienen in der Regel nur feuer- und sicherheitspolizeilichen Zwecken, Bestimmungen über Anlage von Brunnen, Aborten, Düngergruben usw. fehlen vielfach und deshalb sind in dieser Beziehung geradezu haarsträubende Zustände anzutreffen. Vor allem im Osten Preußens steht es noch sehr schlimm. In vielen ländlichen Gegenden sucht man Abortanlagen vergebens. So konnte der Kreisarzt eines westpreußischen Kreises gelegentlich einer Typhusepidemie in einer ländlichen Ortschaft melden, daß im ganzen Dorf kein einziger Abort zu finden sei. „In anderen Gegenden finden wir Aborte ohne Grube oder über der Düngergrube hängend oder über einem bis an den Sitz gefüllten Erdloch." In dem von der Medizinalabteilung des Kultusministeriums in Preußen herausgegebenen Gesundheitsbericht für 1905 heißt es speziell bezüglich eines östlichen Bezirks: „Bauerngehöfte besitzen selten Abortanlagen, Tagelöhnerhäuser meistens nicht." Haus- und Wirtschaftswässer werden entweder kurzer Hand auf den Hof, die Düngerstätte oder die Straße gegossen, oder sie werden in offenen oder verdeckten Rinnen der Düngergrube, dem Garten oder dem nahe gelegenen Ackerland zugeführt. Als weitere Folge ergibt sich die Unreinlichkeit der Höfe, die Verunreinigung des Untergrundes, der Straßen, der Dorfbäche, Teiche und Flußläufe und weiterhin die Gefährdung der meist in nächster Nähe der Dünger- und Jauchegruben gelegenen Brunnen. Mißstände, die noch weiter dadurch gesteigert werden, daß das weichere Wasser der allen möglichen Verunreinigungen ausgesetzten Dorfbäche von den Dorfbewohnern mit Vorliebe zu allerhand häuslichen Arbeiten, nicht selten auch zum Trinken, benutzt wird. „Je weniger sorgfältig aber die Entfernung der Abfallstoffe gehandhabt wird," schreibt Dr. Roth, „um so näher liegt die Gefahr, daß Krankheitskeime durch den Verkehr von Mensch und Tier wie durch Vermittlung des Wassers verschleppt werden." Epidemien sind daher auf dem Lande viel häufiger als in der Stadt und fordern mehr Opfer.

Die größte Gefahr für die Gesundheit sind die Brunnen in den Dörfern und kleinen Städten, die meistens allen möglichen Verunreinigungen ausgesetzt sind. In Sachsen bestimmt zwar das Baugesetz vom Jahre 1901, daß Aborte, Dünger- und Jauchegruben von vorhandenen Brunnen mindestens 10 Meter entfernt bleiben müssen. Aber wie wenig Gewähr diese Be-

* Ländliche Hygiene. Von Dr. E. Roth, Jena, Verlag von Gustav Fischer.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090525/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG